

17. Wahlperiode

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE und PIRATEN bei Enthaltung LINKE
--

<b>An Haupt</b>
-----------------

## Beschlussempfehlung

des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales  
vom 28. September 2015

zum

Antrag der Piratenfraktion  
Drucksache 17/2101  
**Geflüchteten den Zugang zu Gesundheitsleistungen  
gewähren**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/2101 – wird in folgender neuer Fassung und mit folgender neuer Überschrift angenommen:

### **„Medizinische Versorgung von Asylbewerbern**

Der Senat wird in seinem Bemühen nachhaltig unterstützt, die Verhandlungen mit den Krankenkassen zur medizinischen Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern durch die Vergabe einer Gesundheitschipkarte noch im Oktober erfolgreich zu Ende zu führen.

Der Senat wird darüber hinaus gebeten, auf eine Regelung auf Bundesebene hinzuwirken. Angebote des Impfschutzes sollen in enger Abstimmung mit den Bezirken zentralisiert angeboten werden, wobei auf eine hohe Impfquote z.B. gegen Masern hingearbeitet werden sollte. Wir begrüßen deshalb die vorgesehene Aufnahme einer zentralen Impfstelle bei der Erstaufnahme.

Es ist zu prüfen, inwieweit das mit dem Verfahren verbundene bürokratische Prozedere vereinfacht werden kann.

Der Senat wird gebeten, dem Abgeordnetenhaus über die Umsetzungserfahrung bis Ende 2015 schriftlich zu berichten.“

Berlin, den 29. September 2015

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für  
Gesundheit und Soziales

Dr. Wolfgang Albers

einstimmig mit SPD, CDU, GRÜNE und PIRATEN bei Enthaltung LINKE
--

<b>An Plen</b>
----------------

**Hierzu:  
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses  
vom 7. Oktober 2015

zum

Antrag der Piratenfraktion  
Drucksache 17/2101  
**Geflüchteten den Zugang zu Gesundheitsleistungen  
gewähren**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag – Drucksache 17/2101 – wird gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 28. September 2015 angenommen.

Berlin, den 7. Oktober 2015

Der Vorsitzende  
des Hauptausschusses

Frédéric Verrycken